

■ Minderheiten

Elende Situation für Abgeschobene im Kosovo

Obwohl das Rückübernahmeabkommen mit Kosovo noch nicht in Kraft ist, schiebt Deutschland auch Angehörige geflohener Minderheiten wie Roma, Ashkali und sogenannte Ägypter in den instabilen Staat ab.

Die Abschiebungen führen die Menschen in Elend und Unsicherheit. Im Sommer 2009 kam es im Kosovo zu offenen rassistischen Übergriffen auf Roma-Angehörige. Polizei und Justiz griffen nur selten ein.

Enorm belastend für die Abgeschobenen sind die Probleme beim Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung oder einer menschenwürdigen Unterkunft. Die Betroffenen leben in unvorstellbarem Elend, zum Teil sogar auf ehemaligen Mülldeponien. Sie berichten von Gewalttaten und Diskriminierungen, gegen die sie sich nicht wehren können. PRO ASYL fordert die Bundesregierung erneut dazu auf, die Abschiebungen zu stoppen und den verfolgten Menschen eine sichere Lebensperspektive in Deutschland zu gewähren.



Foto: Jugendliche ohne Grenzen

Junge Flüchtlinge demonstrieren bei der Innenministerkonferenz in Bremen für ein Bleiberecht

■ Bleiberecht

Innenminister versagen erneut

Das Ergebnis der letzten Innenministerkonferenz im Dezember 2009 ist beschämend. Wie in den Jahren zuvor wurde die Frage eines Bleiberechts für langjährig Geduldete nicht gelöst.

Rund 94.000 Menschen leben als geduldete Menschen in Deutschland, davon ca. 60.000 mehr als sechs Jahre. Für sie haben die Innenminister erneut keine Lösung.

Nur für schätzungsweise 15.000 Menschen mit einer „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ wurde eine Verlängerung beschlossen. Der Beschluss der Innenministerkonferenz stellt sie zwei Jahre unter die Bewährungsaufsicht der Ausländerbehörden. Von ihnen wird verlangt, dass sie in der gegenwärtig konjunkturell schwierigen Situation und häufig nach jahrelangem Arbeitsverbot ihre Lebensunterhaltssicherung zustande bringen. Noch schlimmer ergeht es alten, kranken oder behinderten Menschen. Ihnen bleibt nach wie vor jede Chance auf einen gesicherten Aufenthalt versagt.

Betroffen von der harten Haltung der Innenminister ist auch die Trägerin des PRO ASYL-Menschenrechtspreises 2009, Nissrin Ali. Die

staatenlose Kurdin musste 2002 als 13-Jährige aus Syrien fliehen. Sie darf bis heute keine Ausbildung beginnen und ist zusammen mit ihrer Familie gezwungen, in einem Flüchtlingslager zu leben. Für schutzsuchende Menschen wie Nissrin Ali und ihre Familie muss es wie blanker Hohn klingen, wenn der hessische Innenminister Volker Bouffier in Verbindung mit den aktuellen Entscheidungen von einer „humanitären Großtat“ spricht, „von der Sie nicht viele auf der Welt finden werden“.

Bundesinnenminister de Maizière kündigte an, sich für eine grundsätzliche Regelung in Form eines Bundesgesetzes ab dem Jahr 2012 einsetzen zu wollen. Für solch eine Verzögerung gibt es keinen nachvollziehbaren Grund. Nissrin Ali und viele tausend andere brauchen nach vielen Jahren der Unsicherheit endlich eine Lösung. Der Deutsche Bundestag muss nun seiner Aufgabe gerecht werden und das Thema unverzüglich aufgreifen. ■

IMPRESSUM:

Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 160624
60069 Frankfurt am Main
Spendenkonto-Nr.: 8047300
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00
www.proasyl.de
proasyl@proasyl.de
Veröffentlicht im Januar 2010

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.

■ Abschiebepolitik

Skandalöser Pakt mit Syrien

Unfaire Gerichtsverfahren, willkürliche Inhaftierung, Verfolgung, Schikanie und Folter sind in der syrischen Diktatur tägliche Realität. Trotzdem setzt Deutschland tatkräftig ein Abkommen zur Abschiebung in den Unrechtsstaat um.

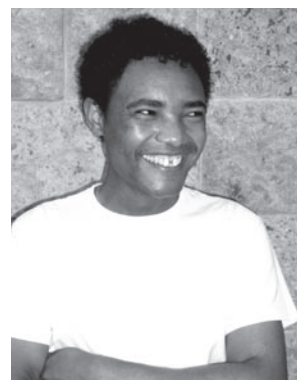
Am 14. Juli 2008 unterzeichneten der damalige deutsche Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble und der syrische Innenminister Bassam Abdelmajid ein bilaterales Rücknahmeabkommen. Seitdem sind bereits mehrere Fälle bekannt geworden, in denen aus Deutschland abgeschobene Menschen nach ihrer Ankunft in Syrien festgenommen wurden.

Einige der Betroffenen waren wochenlang „verschwunden“. Auch der offizielle Lagebericht des Auswärtigen Amtes benennt, was in Syrien vor sich geht: Massive Unterdrückung der Opposition, Folter, Inhaftierungen ohne Vorführung vor einen Richter, Bedrohungen der Familienangehörigen politisch Verfolgter und die Missachtung praktisch aller rechtsstaatlicher Prinzipien in Gerichtsverfahren bis zur Vollstreckung von Todesurteilen.

Den deutschen Behörden ist bekannt, was Abgeschobenen in Syrien droht. Trotzdem werden bedenkenlos auch Familien und Schwangere zur Rückkehr gezwungen. Das Abkommen ermöglicht zudem die Abschiebung staatenloser Kurden, obwohl Syrien seit Jahrzehnten die systematische Entrechtung dieser Menschen betreibt. Staatsbürgerschaft und Wahlrecht werden ihnen verweigert. Sie dürfen ihre Sprache nicht unterrichten. Publikationen von Artikeln und Büchern auf kurdisch sind verboten. Mit Abschluss des Rückübernahmeabkommens betreibt die Bundesregierung Abschiebepolitik in die Rechtlosigkeit.

Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen haben zusammen mit PRO ASYL die Bundesregierung aufgefordert, das Rückübernahmeabkommen unverzüglich auszusetzen. ■

■ Stiftung PRO ASYL



Gesicherter Aufenthalt für Preisträger

Dem äthiopischen Flüchtling Felleke Bahiru Kum, ausgezeichnet mit dem PRO ASYL-Menschenrechtspreis 2009, wurde endlich eine Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Damit kann der mutige Oppositionelle und couragierte Aktivist für Menschenrechte von Flüchtlingen das Lager, in dem er viele Jahre leben musste, verlassen. Herr Kum hat bereits eine Wohnung in Nördlingen gefunden. Sein Engagement für andere Flüchtlinge und gegen den Lagerzwang setzt er weiterhin fort.

■ Europa: Griechenland

Beschwerde in Brüssel

Über 100 Verwaltungsgerichte haben im letzten Jahr Abschiebungen nach Griechenland gestoppt. Sie beziehen sich dabei vor allem auf Recherchen, die PRO ASYL durchgeführt und veröffentlicht hat.

Nun hat auch das Bundesverfassungsgericht den Stopp von Abschiebungen nach Griechenland in mehreren Fällen angeordnet. Die Grundsatzentscheidung wird in den nächsten Monaten erwartet.

In ganz Europa gerät die Situation von Flüchtlingen an den Außengrenzen immer stärker in den Blickpunkt. Rund 20 Flüchtlingsorganisationen, darunter PRO ASYL, reichten vor kurzem eine Beschwerde bei der EU-Kommission ein, um ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland zu veranlassen.

In der Beschwerde wurden Fakten zusammengetragen,

Menschenrechtsverletzungen aufgelistet und Verstöße gegen Europa- und Völkerrecht analysiert. Das gemeinsame

Ziel: Der Aufbau eines Asylsystems in ganz Europa, das auf der unbedingten Achtung der Menschenrechte basiert. ■

